



„Arbeit mit Leidenschaft“

Der Bauernverband startete in Mecklenburg-Vorpommern eine Plakataktion unter dem Titel „Arbeit mit Leidenschaft. Die deutschen Bauern“. „Wir Landwirte erhalten die wertvolle Kulturlandschaft und sichern die Versorgung der Verbraucher mit hochwertigen, sicheren Lebensmitteln zu den europaweit günstigsten Preisen, wir produzieren unter höchsten Tier- und Umweltschutzstandards. Diese nur selten wahrgenommenen Selbstverständlichkeiten wollen wir mit der Plakataktion in das Bewusstsein rücken und dabei auf die vielfältigen Leistungen der Landwirte für die Gesellschaft aufmerksam machen“, erläuterte Landesbauernpräsident Rainer Tietböhl das Anliegen der bundesweiten Informationsoffensive. Hintergrund ist die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik und die berufsständische Forderung nach Aufrechterhaltung der finanziellen Ausgleichsleistungen.

In zehn Städten werden Großplakate mit verschiedenen Motiven auf die Arbeit der Landwirte und ihre gesellschaftlichen Leistungen aufmerksam machen. Auf Plakatwänden in Rostock, Schwerin, Stralsund, Waren, Pasewalk, Neubrandenburg, Wismar, Güstrow, Demmin und Ludwigslust sind die landwirtschaftlichen Motive bis 1. Juli, teilweise bis 8. Juli zu sehen. Die Aktion findet unmittelbar vor dem Deutschen Bauerntag statt, der zum 1. und 2. Juli nach Berlin einberufen wurde. 30 Landwirte aus Mecklenburg-Vorpommern werden mit zirka 600 Berufskollegen aus dem gesamten Bundesgebiet ihre Vorstellungen für eine Reform der EU-Agrarpolitik in einem Positionspapier der Landes- und Kreisbauernverbände deutlich machen. Die Kreisvorsitzenden gehören mit dem geschäftsführenden Vorstand zu den Delegierten unseres Landes. Am Ende des Deutschen Bauerntages soll die Grundsatzposition zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 verabschiedet werden. EU-Agrarkommissar Dr. Dacian Cioloș hat sein Kommen ebenso zugesagt wie Bundesministerin Ilse Aigner.



Im **Tagungspräsidium** hatten unter anderem Dr. German Jeub, Rainer Tietböhl und Britta Reimers Platz genommen.

FOTO: ANDREAS MANZ

Jetzt werden Partner für Mehrheiten gesucht

Auf dem Agrarpolitischen Tag des Kreisbauernverbandes Nordwestmecklenburg und der NPZ-Lembke KG in Malchow/Poel diskutierten Agrarpolitiker und Vertreter des Berufsstandes über die Zukunft der Agrarpolitik in Europa.

In Zusammenarbeit mit der NPZ-Lembke KG veranstaltet der Kreisbauernverband Nordwestmecklenburg jedes Jahr im Juni den inzwischen überregional bekannten Agrarpolitischen Tag. Am Freitag voriger Woche wurde bereits zum 18. Mal auf das Gelände der NPZ in Malchow/Poel eingeladen. Den Auftakt bildeten Feldbegehungen auf den Versuchsflächen. Im Anschluss daran stellten sich Agrarpolitiker und Vertreter des Berufsstandes in der „Roten Scheune“, der Lagerhalle für das Saatgut, der Diskussion mit den Landwirten, dieses Mal zum Thema: „Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik“.

Mit einer Stimme Interessen vertreten

Britta Reimers (FDP), Mitglied des Europäischen Parlaments und des Landwirtschaftsausschusses, stellte den als „Lyon-Bericht“ bekannten Initiativbericht des Europäischen Parlaments vor. Das durch den Lissabon-Vertrag in seinen Mitwirkungsrechten gestärkte Parlament äußerte sich damit bereits vor der EU-Kommission mit Vorschlägen zur Fortführung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Für manche Zuhörer angenehm überraschend war die Aussage der Politikerin, dass die Liberalen im Europaparlament keine radikal marktorientierte Agrarpolitik verfolgen.

Dass deutsche Vertreter auf europäischer Ebene mit einer Stim-

me sprechen sollten, stellte auch Werner Kuhn (CDU), ebenfalls Mitglied des Europäischen Parlaments, in seinen Ausführungen heraus. „Nationale Interessen überwiegen parteipolitische Interessen“, betonte Kuhn. Sein Augenmerk legte der Abgeordnete auf die Sicherung des Gesamtbudgets für die Agrarpolitik. Dies wäre die zentrale Aufgabe, die es zu meistern gelte. Es sei nicht hilfreich, wenn vorab innerhalb Deutschlands bereits Stimmen laut würden, die Zugeständnisse anböten, so Kuhn mit Blick auf Positionen, die Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister Dr. Till Backhaus im Vorfeld der Reform vertritt.

Die Position der Bundesregierung für die kommenden Verhandlungen im Rat für Landwirtschaft und Fischerei erläuterte Dr. German Jeub, Sprecher der Bundesregierung im Sonderausschuss Landwirtschaft der EU. So sollen die Kernbestandteile der Agrarpolitik, die flächenbezogenen Direktzahlungen sowie die Förderung ländlicher Entwicklung erhalten bleiben. Darüber hinaus spricht sich die Bundesregierung für die Abschaffung der Modulation aus, eine eindeutige und verlässliche Finanzierungsgrundlage beider Säulen, ohne jährliche Umschichtungen. Jeub erteilte einer deutlichen Umverteilung der Finanzmittel zwischen den Mitgliedstaaten und der Idee einer europaweiten sogenannten Flatrate eine klare Absage. Unterschiedliche wirtschaftliche Rah-

menbedingungen in den Mitgliedstaaten der EU würden gegen die Angleichung von Direktzahlungen sprechen. Jeubs Ausführungen zu den Mehrheitsverhältnissen im EU-Ministerrat machten deutlich, dass die deutsche Ausgangsposition stark ist, aber man insbesondere stimmungsgewichtige Partner finden müsse, um zu Mehrheiten zu kommen. Hierbei könnten insbesondere die Nachbarländer Frankreich und Polen eine große Rolle spielen.

Adressaten der Politik beachten

Bauernpräsident Rainer Tietböhl ermahnte Politik und Verwaltung, bei den Verhandlungen und folgenden Umsetzungen die Adressaten der Agrarpolitik, die Landwirte, nicht aus den Augen zu verlieren. „Eine starke Erste Säule ist notwendig, um die Mehrbelastungen der deutschen Landwirtschaft auszugleichen“, betonte Tietböhl.

Landwirt Jörg Hünemörder zog am Ende ein positives Fazit der Veranstaltung. „Ich finde es gut und wichtig, dass offenbar alle Parteien im Sinne der deutschen Landwirtschaft gemeinsam in Brüssel auftreten.“ Auch die Praxisnähe der Abgeordneten und gelernten Landwirtin Britta Reimers wäre von den Zuhörern aufmerksam registriert worden. Viele wünschten sich mehr fachkundige Vertreter des Berufsstandes in den Parlamenten.

ANDREAS MANZ